№ 497
B 246
Abend-Ausgabe

Berlin

Sonnabend, 18. Oktober 1924

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff 3600–3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686–3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660

Die Demokraten lehnen ab.

Noch keine Entscheidung.

Der Reichskanzler hat heute ½11 Uhr vormittags die Führer der Deutschnationalen empfangen, die ihm offiziell Mitteilung davon machten, daß die deutschnationale Fraktion sich mit den programmatischen Richtlinien des Reichskanzlers in der Führung der inneren und äußeren Politik einverstanden erklärte. Von einer Nominierung ihrer Ministerkandidaten, die beabsichtigt war, nahmen die Deutschnationalen Abstand, als der Reichskanzler erklärte, daß er nunmehr mit der demokratischen Fraktion sich in Verbindung setzen werde. Doch hört man, daß die Deutschnationalen, die sich gestern mit drei Sitzen im Kabinett einverstanden erklärt hatten, heute vier Sitze beansprucht haben. Sie sind nicht damit einverstanden, daß Reichsernährungsminister Graf Kanitz ihnen zugezählt werde, sondern wollen, daß das Reichsernährungsministerium mit einem Mitgliede ihrer Fraktion besetzt werde.

Im Reichstage wurde heute behauptet, daß die Deutschnationalen die Absicht haben, folgende Besetzung der vier von ihnen geforderten Portefeuilles vorzuschlagen: Vizekanzler und Inneres: Dr. Hergt, Ernährung: Abg. v. Schiele, Wirtschaft: Bergwerksdirektor Abg. Leopold (dessen Kandidatur in der Fraktion allerdings stark umstritten sein soll), und für Verkehr: Abg. Lawerrenz. Wenn jemand ernstlich geglaubt hat, die Deutschnationalen würden als Regierungspartei mildere Saiten aufziehen, dann belehrt diese Liste ihrer Ministerkandidaten, die man für authentisch ansehen darf, über ihre wahren Absichten. Sie wirkt wie eine Provokation. Drei von diesen Ministerkandidaten haben am 29. August gegen die Dawes-Gesetze gestimmt, nämlich die Abgeordneten Hergt, v. Schiele und Lawerrenz. Abg. Lawerrenz gehört überdies, wie man weiß, dem äußersten rechten Flügel der Deutschnationalen Volkspartei an, ihn trennt kaum noch etwas von den Deutschvölkischen.

Nach den Deutschnationalen empfing der Reichskanzler die Abgeordneten Erkelenz und Dr. Reinath von der demokratischen Fraktion, um an sie die Frage zu richten, ob sie sich an einer nach rechts erweiterten Regierung beteiligen würden und, wenn dies abgelehnt werden sollte, eventuell dem Reichswehrminister Dr. Geßler gestatten würden, im Kabinett zu verbleiben.

Die Antwort der Demokraten entsprach dem, was zu erwarten war. Abg. Erkelenz verwies auf die bekannten Beschlüsse der demokratischen Fraktion und erklärte, daß sich der Standpunkt der Demokraten nicht geändert habe.

Die demokratische Fraktion lehne eine Beteiligung an einer Rechts-Koalition ab und könne auch ihre Zustimmung zum Verbleiben ihrer Minister in einer Rechtsregierung nicht geben. Abg. Dr. Geßler habe übrigens in der letzten Sitzung der demokratischen Fraktion die Erklärung abgegeben, daß er nicht im Kabinett verbleiben würde, wenn die demokratische Fraktion aus der Regierungs-Koalition ausscheide. Reichswehrminister Dr. Geßler, der ebenso wie Dr. Stresemann und Dr. Luther dieser Besprechung beiwohnte, bestätigte die Ausführung des Abg. Erkelenz und wiederholte seine Erklärung.

Nach diesem Verlaufe der Aussprache steht es fest, daß weder die Demokraten einem Rechtskabinett gegenüber wohlwollende Neutralität beobachten, noch Dr. Geßler das Reichswehrministerium in einem Rechtskabinett beibehalten würde.

In der zweiten Nachmittagsstunde fand in der Reichskanzlei die Ministerbesprechung statt, die aber ergebnislos abgebrochen und auf heute abend vertagt wurde. So sehr man sich nach den Erfahrungen während der jüngsten Regierungskrise vor Prognosen hüten muß, darf man doch als augenblicklichen Eindruck feststellen, daß das Zustandekommen eines Rechtskabinetts nicht sehr wahrscheinlich ist.

Die Aufgaben der Opposition.

In den letzten Tagen ist eines immer sicherer geworden: daß die Lösung der Krise keine Lösung sei, sondern eine Vertagung. Die Aufgabe der Kreise in allen republikanischen Parteien ist es, von der unerfreulichen Gegenwart an eine bessere Zukunft zu appellieren. Jetzt ist die Stunde gekommen, wo Politik auf lange Sicht gemacht werden muß.

Bisher war die Parole: es sei nötig, um Schlimmeres zu verhüten, sich den wechselnden Konstellationen des Augenblickes anzupassen. Dieser Notwendigkeit sind immer wieder schwere Opfer gebracht worden. Um ihretwillen haben die demokratischen und republikanischen Parteien sich oft genug dem Vorwurf ausgesetzt, daß sie ihre Ideale und Ziele preiszugeben allzu bereit seien. Wie dem auch sei: es ist gelungen, das Reich vor dem inneren und äußeren Zusammenbruch zu retten und eine gewisse Festigung der Verhältnisse herbeizuführen.

Der demokratische Führer, Dr. Koch, hat für diesen Zeitpunkt schon vor Monaten die Parole ausgegeben, daß dann nach Erledigung der Dawes-Gesetze der Augenblick für die Demokratische Partei gekommen sei, wo sie, von dem bisherigen Zwang befreit, wieder grundsätzliche Politik treiben könne und werde. Bei der Zusammensetzung des Reichstags kann eine solche Politik nur in der Opposition gemacht werden. Diese Opposition muß scharf und gerade deshalb sachlich sein. Sie darf nicht taktische Vorteile anstreben. Sie muß, unbekümmert darum, ob der Erfolg nah oder fern, wahrscheinlich oder unwahrscheinlich ist, dem Ziel gelten, eine reine Linksmehrheit bei kommenden Wahlen zu erreichen.

Als Ramsay Macdonald im August 1914 seine Stimme erhob, war er ein Prediger in der Wüste. Neun Jahre später war er Ministerpräsident, und heute kämpft er um die Mehrheit im Parlament. Er wird sie, wenn nicht am 29. Oktober, so doch bei der nächsten Wahl erlangen. Ein Mann und ein Programm, mehr braucht es nicht.

In Frankreich schien die horizontblaue Mehrheit der Kammer von 1918 unerschütterlich. Sogar die Opposition war nur auf Teilerfolge gefaßt. Ein Mann wie Caillaux schien nicht nur für den Augenblick erledigt, sondern für alle Zeiten durch den Makel der Landesverratsbeschuldigung tot und begraben. Heute ist seine demokratische, europäisch gerichtete Politik tonangebend, und schon erhebt er selbst, durch alle Leiden und Verfolgungen ungebrochen, wieder das Haupt, um den Triumph seiner Ideen zu verwirklichen.

Die Gegner der deutschen Demokratie glauben im Augenblick gewonnenes Spiel zu haben. Sie täuschen sich. Ihr scheinbarer Erfolg bereitet dem endgültigen Sieg der Republik den Weg. Er muß nur begangen werden.

Was der Organisation des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gelungen ist, die Zusammenfassung der republikanischen und demokratischen Kräfte aus den verschiedensten Parteilagern, muß Vorbild und Ausgangspunkt sein. Dem Abwehrwillen muß sich die Einigung auf positive Ziele hinzugesellen. Der demokratische Block, der den Sieg bei kommenden Wahlen vorbereiten soll, braucht ein gemeinsames Programm und eine Organisation, die imstande ist, eine Volksbewegung größten Stils zu entwickeln, indem sie dem „ewig Gestrigen“ alle Kräfte entgegenstellt, die mutig das „Heute“ bejahen und gläubig für das bessere „Morgen“ arbeiten: für ein freies Deutschland im freien Europa, für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit der ganzen Welt unter Niederreißung aller künstlichen Schranken, für die Organisierung des Weltfriedens durch die Schaffung eines Weltrechts.

J. E.

Untersuchungsausschuß für Loeb.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

✱ **Weimar,** 18. Oktober.

Die gestrige Sitzung des Thüringer Landtags, die sich mit dem sozialdemokratischen Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses wegen der von der jetzigen thüringischen Staatsregierung bewirkten Entlassung des Staatsbankpräsidenten Loeb beschäftigte, dehnte sich bis nach Mitternacht aus. Nach lebhafter Debatte, in der der Finanzminister Dr. v. Klüchtzner noch einmal den Standpunkt der Regierung zu verteidigen suchte, wurde der **Antrag auf Bildung eines Untersuchungsausschusses angenommen.** Der Ausschuß soll aus sieben Mitgliedern bestehen, die von den einzelnen Fraktionen ernannt werden. Hierauf vertagte sich der Landtag auf unbestimmte Zeit.

Zu der Meldung, daß der Geheime Finanzrat Dr. Jost zum Nachfolger Loebs ernannt sei, teilt die Pressestelle des Thüringischen Staatsministeriums heute mit, daß die Person des Dr. Jost vorläufig nur für diese Stellung in Aussicht genommen sei.

Ein Jahr Gesundungsarbeit

Von
Dr. Hermann Fischer, M. d. R.,
Präsident des Hansabundes.

Im Herbst 1923 hat das deutsche Wirtschaftsleben nach Jahren völliger Verwirrung die Grundlagen für ruhigere Entwicklungsmöglichkeiten zurückgewonnen. Zwar wurde die Inflation vom Reich her keineswegs beseitigt, sondern nur in übersehbare Grenzen gebannt: das war aber doch die wesentliche Voraussetzung für die Ordnung der öffentlichen Wirtschaft und die mit ihr in enger Verbindung stehende Stabilisierung der Währung.

Es ist allen denen, die die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Währung überblicken, immer klar gewesen, daß die Hauptschwierigkeit in der Aufgabe lag, den Reichshaushalt über die Schwelle hinwegzubringen, die zwischen der Einstellung seiner Befriedigung durch die Notenpresse und dem Augenblick lag, wo neue, auf der Basis einer festen Währung gezahlte Steuererträge zum erstenmal eingehen konnten. Neben dieser Schwierigkeit erscheint die Frage nach der währungstechnischen Form verhältnismäßig nebensächlich. Das, was an letzterer allein in diesem Zusammenhang interessieren konnte, war, wie weit sie eine Begrenzung der künftigen Zahlungsmittelemission verbürgen würde. Die Deckungsfrage mußte dabei nur insoweit beobachtet werden, als schon bei der provisorischen Währungsstabilisierung Rücksicht auf den späteren Uebergang zur endgültigen Gesundung im Rahmen der Goldwährung zu nehmen war.

Unter diesen Umständen war es selbstverständlich, daß der Helfferichsche Plan einer Roggenwährung den Forderungen des Augenblicks nicht gerecht werden konnte. Daß er auch denen einer weiteren Zukunft nicht entsprochen hätte, lehrt die Entwicklung der Getreidepreise seit jener Zeit; die deutsche Währung an diese Schwankungen zu binden, wäre unerträglich gewesen. Ob man aber die oben genannten Aufgaben im Sinne des demokratischen Vorschlags, der die Goldanleihe unter Erweiterung ihrer Sicherungen vorübergehend zu einem gesetzlichen Zahlungsmittel ausbauen wollte, oder in der Art löste, wie es schließlich geschehen ist, ist — währungstechnisch gesehen — gleichgültig. Nachdem der innere Zahlungsverkehr ein Zahlungsmittel benutzen konnte, dessen Stabilität durch die Begrenzung seiner Emission und das Vertrauen des Publikums mehr als durch irgendwelche Deckung verbürgt war, kam alles darauf an, daß die Reichsbankleitung sich der Aufgabe gewachsen zeigte, die noch als gesetzliches Zahlungsmittel und im Auslandverkehr geltende Papiermark zu stabilisieren, und daß auf dem Gebiet der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben gewisse zunächst hart erscheinende Maßnahmen ohne Rücksicht auf die Sonderwünsche irgendwelcher Gruppen energisch durchgeführt wurden. Beide Aufgaben sind unter der Führung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht und der Leitung des Reichsfinanzministers Dr. Luther erfolgreich gelöst worden. Die Tatsache, daß das Reich während dieser Zeit praktisch keine in ausländischer Valuta zu tätigende Reparationszahlung leistete, hat sowohl mit Rücksicht auf die Beanspruchung des Staatshaushalts als auch hinsichtlich deren Wirkung auf dem Devisenmarkt die Stabilisierung wesentlich erleichtert.

Man kann jetzt, nachdem durch das Londoner Abkommen ein gewisser Einschnitt in die wirtschaftliche Entwicklung gemacht worden ist, feststellen, daß in der ganzen Zeit der bisherigen Währungsstabilisierung die Sanierung der öffentlichen Wirtschaft als deren wichtigster Erfolg zu verbuchen ist. Man muß sogar sagen, daß diese Sanierung bis zu einem Punkt gediehen ist, über den hinaus eine weitere, die notwendigsten Forderungen der öffentlichen Verwaltungen übersteigende Beanspruchung der deutschen Wirtschaft sich nicht mehr mit der gleichen sachlichen Begründung rechtfertigen läßt wie in den ersten Monaten des Stabilisierungswerks. Die deutsche Wirtschaft hat nicht nur an sich unmöglich hohe Steuerlasten übernehmen, sondern auch infolge der zweifellos notwendigen Kreditdrosselung, die im Frühjahr dieses Jahres einsetzte, große Opfer bringen müssen, Opfer, die volkswirtschaftlich zu einer Hemmung in der Ausnutzung der vollen Produktionskapazität der deutschen Wirtschaft geführt haben.

Hier liegt auch zweifellos die gefahrvollste Folge des ursprünglich von uns nicht gebilligten technischen Weges der Währungsstabilisierung. Die in dem Plan vorgesehene Einfügung großer Kredite in die Wirtschaft hat eine kurze Aufschwungsperiode gebracht, die mit der tatsächlich vorhandenen Kaufkraft der für uns in Betracht kommenden Absatzmärkte in keinerlei Verbindung stand. So wirkten sich die Kredite als reine Konsumtivkredite aus; es entwickelte sich eine kurze Verbrauchskonjunktur, welcher der schwere Rückschlag, den wir in immer mehr zunehmendem Umfang seit dem Frühjahr d. J. zu ertragen haben, folgen mußte. Die Kredite — nicht in ertragbringenden Produktionsmaßnahmen, sondern zu Verbrauchszwecken angelegt — bilden heute eine schwere Zusatzbelastung für unseren wirtschaftlichen Wiederaufbau. Nicht dringend genug kann auf diese jüngste Erfahrung im Hinblick auf die jetzt flüssig werdende Deutschland-Anleihe verwiesen werden. Kredite dürfen nur für produktive Zwecke ausgegeben werden und hier auch im wesentlichen nur zur Ausnutzung der vorhandenen Produktionsanlagen.